

Mitteilungen an Freunde und Förderer FÜR DIE MENSCHEN RECHTE

IGFM - Internationale Gesellschaft für
Menschenrechte-Deutsche Sektion e.V.,
Borsigallee 9, 60388 Frankfurt/Main



Nr. 1
Januar 2011

Die Christen im Nahen Osten haben eine Chance, wenn wir es wirklich wollen!

„Unsere Zukunft ist abhängig vom Willen der islamischen Mehrheit. Wir sind beunruhigt über das Anwachsen des religiösen Extremismus und des politischen Islam. Extremisten sind eine große Gefahr für die gesamte Welt. Ihre Strategie ist es, ihre Regeln dort durchzusetzen und heimisch zu machen, wo sie sich aufhalten. Aber es gibt bisher keine wirkliche Klarheit darüber, wie sich das islamische Weltszenario wirklich entwickeln wird. ... Im Irak geht die Zahl der Christen kontinuierlich zurück. Vielleicht werden sie unter dem Druck der fortgesetzten Verfolgung verschwinden. Drohungen und Gewalt lassen ihnen keine Wahl: sofortiger Übertritt zum Islam oder Überschreibung des Eigentums und Verlassen der Heimat oder einen Geldtribut zur Unterstützung des Jihad, wenn sie dem Tode entgehen wollen.“

(Bischof Sako, Irak)

Die Mehrheit der christlichen Iraker ist aus ihrer Heimat geflohen, vor allem nach Syrien, Jordanien und Ägypten. Der Grund dafür sind gezielte Anschläge, Erpressungen, Verschleppungen, Zerstörungen und gewalttätige Übergriffe wie Vergewaltigungen, mit denen die irakischen Christen aus ihrer Heimat vertrieben wurden und werden. Ob die Regierung des Irak diese Minderheiten in ihrer historischen Heimat behalten will, wie sie immer wieder betont, ist zweifelhaft, denn sie vermag nicht wirksam und ausreichend Schutz und Sicherheit zu schaffen. Die Geiselnahme in einer Kirche in Bagdad, bei der Anfang November 50 Christen ermordet wurden, und die neuerlichen Anschläge um Neujahr sind die Fortsetzung der Vertreibungspolitik radikaler Muslime. Der Gedanke an Flucht ist nur zu stoppen, wenn Anreize und Angebote geschaffen werden. Viele irakische Christen wünschen sich in der Ninive-Ebene ein selbstverwaltetes - nicht autonomes - Gebiet im Rahmen der irakischen Verfassung und im guten Auskommen mit der kurdischen Mehrheitsbevölkerung. Aufgrund geschichtlicher Gegebenheiten leben dort Kurden, Assyrer, Araber, Turkmenen, die Christen, Muslime oder Jesiden sind. Weitgehend von einander getrennt, wobei Normen, Traditionen, aber auch der soziale Stand eine Rolle spielen, ist Misstrauen weitverbreitet. Die Situation der Frauen ist besonders kompliziert. Aber schon nach der ersten Untersuchungsmission im Januar 2010 war klar, dass der Erfolg eines IGFM-Projekts nur über sie führen würde, denn die Frauen zeigten sich offen und engagierten sich bereits in öffentlichen Zentren. Die Zahl der Anmeldungen überstieg bereits die Planung um ein Mehrfaches. Im Oktober 2010 waren Jochen Langer, ehemaliges IGFM-Vorstandsmitglied, und seine Frau Maria erneut im Nordirak und haben den Startschuss für das zweite Projekt gegeben.

„Heute sprechen die Menschen im Irak von einer neuen Zeitrechnung: vor 2003 und nach 2003! Was über die Invasion, die USA, die Soldaten und die Probleme danach berichtet wird, gibt keinen Anlass zum Aufatmen. Gerade deshalb ist es so ermutigend, in Irak-Kurdistan die Möglichkeit zu haben, ganz unten bei den Menschen etwas Neues in Bewegung zu setzen.“

(Maria Langer nach ihrem Besuch in Nordirak, Oktober 2010)

Im Zuge des Projekts begegnet die IGFM immer wieder Flüchtlingen, die nichts anderes haben als das, was sie auf dem Leib tragen. Das Kloster Deir Al-Sayida in der Nähe der christlichen Stadt Alqosh, das die Anlaufstelle für die Flüchtlinge ist, schätzt die Hilfe, denn es bestärkt die bedrohten Christen, nicht ganz allein gelassen zu werden. Die IGFM möchte die Flüchtlingshilfe des Klosters für die Dauer des Projekts mit monatlich 500 Euro bis 1.000 Euro unterstützen. Wir erbitten Ihre Solidarität.

Kennwort Irak (86)

Liebe Leserin, lieber Leser,
zahlreiche Christen wurden wieder einmal Opfer der Atmosphäre des Hasses gegen Andersgläubige und aus der friedlichen Stimmung der Weihnachts- und Neujahrszeit herausgebombt. Doch erst langsam wird unseren Politikern und Kirchenführern bewusst, dass die Christen in vielen Staaten vor dem Exodus stehen. Der Name der Opfergruppe – nämlich die Christen – geht ihnen immer noch nur schwer über die Lippen.

Im vergangenen Jahr wurde Istanbul mit dem Titel Kulturhauptstadt Europas geschmückt. In hehren Reden wurden der Wille zur Versöhnung mit den Minderheiten und die Menschenrechte beschworen. Was ist davon übrig geblieben? Der EU-Fortschrittsbericht Türkei zeichnet ein düsteres Bild. Es drängt sich der Verdacht der „Arbeitsteilung“ auf: Die Schuldprüche überlassen unsere Politiker unpersönlichen Kommissionen und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, sie aber reden von Anreizen zur Achtung der Menschenrechte. Dass sie nicht belohnt werden und sich als teure Geschenke entpuppen, ist die logische Folge, wenn von vornherein auf Kontrolle und Sanktionen verzichtet wird. Aber wenn die Christen vor den Toren Europas schon nicht mit europäischem Einsatz zu rechnen haben, um wie viel ärmer geht es den Christen in den entfernteren Ländern?

Die IGFM wird helfen, wo sie kann. Sie wird auf Schicksale aufmerksam machen, wo unser aller Mithilfe notwendig ist. Religionsfreiheit ist ein wichtiger Baustein von Freiheit, Frieden und Vielfalt. Beschädigt wird sie durch Feiertagsreden.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Karl Hafen
Geschäftsf. Vorsitzender



Iran: Richter des Teheraner Revolutionsgerichts eine Schande ihres Berufsstandes!

Erfüllungsgehilfen der Diktatur - Willkürurteile gegen Bürgerrechtlerin

Nasrin Sotoudeh, nach der Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi die derzeitige bekannteste Bürgerrechtlerin Irans, wurde am 9. Januar darüber unterrichtet, dass sie zu 11 Jahren Haft und 20 Jahren Berufs- und Ausreiseverbot verurteilt worden war. Das Teheraner Islamische Revolutionsgericht unter dem Vorsitz von Richter Pir Abbasi verurteilte die Rechtsanwältin zu einem Jahr Haft wegen „Propaganda gegen das Regime“ und zu weiteren jeweils fünf Jahren Haft wegen „Handlungen gegen die nationale Sicherheit“ und Verstoßes gegen die islamischen Kleidervorschriften. In einer Videobotschaft an eine italienische Menschenrechtsorganisation hatte sie kein Kopftuch getragen.

Nasrin Sotoudeh hatte nach der gefälschten iranischen Präsidentenwahl vom 12. Juni 2009 und den darauf folgenden Massenverhaftungen am 22. September 2010 die Übergriffe öffentlich kritisiert und als Anwältin politische Gefangene, Aktivisten und Kinder verteidigt. Sie arbeitete eng mit Irans einziger Menschenrechtsorganisation, dem „Zentrum für Menschenrechtsverteidiger“ zusammen, zu dessen Gründern Shirin Ebadi und der bekannte Anwalt Abdolfattah Soltani gehörten. Inzwischen sind praktisch alle Aktiven des Menschenrechtszentrums entweder verhaftet oder auf andere Art und Weise drangsaliert und eingeschüchert worden.

Nasrin Sotoudeh war zeitweise in der Haft „verschwunden“ und von der Außenwelt völlig isoliert. Zweimal befand sie sich im Hungerstreik für die Durchsetzung ihrer Rechte, die ihr nach den Gesetzen des Iran zustehen. Über mehrere Tage verweigerte sie sogar jede Art von Flüssigkeit, um den Kontakt zu ihrer Familie und zu ihrem Anwalt durchzusetzen.

Nasrin Sotoudeh, zweifache Mutter, ist Mitgründerin der Eine-Million-Unterschriften-Kampagne, in der sich die Unterzeichner u.a. gegen das sogenannte „Familienschutzgesetz“ einsetzen, das es Männern ermöglichen soll, ohne Einwilligung ihrer Ehefrau weitere Frauen zu heiraten. Sotoudeh kritisiert den von Präsident Ahmadinedschad unterstützten Gesetzentwurf als Förderung der Vielehe und weitere Beschneidung der Menschenrechte der Frauen.

Die IGFM, die die Durchsetzung radikal islamischer Rechtsvorstellungen im Iran als beispielgebend für eine rückwärtsgewandte Entwicklung in der gesamten islamischen Welt mit großer Sorge beobachtet, fordert von den Regierungen der freien westlichen Welt eine klare und entschlossene Haltung gegen dieses inakzeptable und unangemessene Urteil und Verurteilung als grobe Verletzung international anerkannter Menschenrechtsstandards. Die IGFM belässt es nicht bei billigen Forderungen, sondern nimmt seit zwei Jahren iranische Studenten als Praktikanten auf und hilft ihnen, in mehreren Monaten Basiswissen über die Menschenrechte zu erlangen sowie nach ihrer Rückkehr in den Iran zur Netzwerkbildung beizutragen. Die Studenten erhalten ein kleines Honorar sowie freie Unterkunft. Die IGFM gibt der iranischen Bürgerrechtsbewegung ein Forum im „Iran-Report“, den Sie gerne kostenlos zur Ansicht und zum Verteilen bestellen können. Wir sind davon überzeugt, einen wichtigen Beitrag zu leisten, das systematische Abgleiten des iranischen Systems mit der verheerenden Folge nachhaltiger Menschenrechtsverletzungen zu verfolgen und den Versuch des iranischen Regimes, im Menschenrechtsrat die Einschränkung der Menschenrechte im Sinne der Scharia unangreifbar zu machen, entlarven zu helfen. Wenn Ihnen das eine Spende wert ist, so unterstützen Sie unter dem

Kennwort „Iran“ (89)

Ihre Spende überweisen Sie bitte unter Angabe des
entsprechenden Kennwortes oder der Kennziffer

auf folgendes IGFM-Konto:

Konto Nr. 23 000 725,
Tanus-Sparkasse,
BLZ 512 500 00



Vietnam: Folter, um die Unwahrheit zu erzwingen



Am 27.10.2010 wurden
Nguyen Huu Liem, rechts,
mit weitere 6 Kirchenmitgliedern
unter Ausschluss der Öffentlichkeit
verurteilt.

Rechtsstaatsdialog mit Vietnam – eine große Aufgabe, ein hehres Ziel. Oder nur eine diplomatische Note, um Schönwetter zu machen? Wie misst das Bundesjustizministerium, das diesen „Dialog“ federführend gestaltet, ihren Erfolg, wenn die Polizei in Vietnam weiterhin systematisch foltert? Darf man es noch Dialog nennen, wenn auch im dritten Jahr des Dialogs Gefangene gezielt misshandelt werden, der Regierung genehme falsche Geständnisse mit Gewalt erpresst werden? Tatsache ist: Was die vietnamesische Regierung nicht will, wird bekämpft oder verleugnet, was sie will – selbst wenn es falsch ist –, mit brutaler Polizeigewalt durchgesetzt.

Nguyen Huu Liem, 47 Jahre alt, wurde in der Polizeihaft brutal gefoltert, weil er nicht das gesagt hat, was man von ihm hören wollte: Nämlich, dass der Kirchenrat der katholischen Gemeinde eine Verschwörung gegen die vietnamesische Volksregierung organisiert und gelenkt habe. Schon seit Generationen ist es in Vietnam Tradition, dass sich die Mitglieder von Kirchengemeinden bei Beerdigungen gegenseitig besuchen. Für die Polizei Grund genug, eine Verschwörung herbeizureden. Nach offizieller Lesart hätte der Gemeinderat eine Beerdigung dazu genutzt, um sich gegen die Enteignung des Gemeindefriedhofs aufzulehnen. Liem sollte das durch seine Aussage bestätigen.

Immer wenn Liem nein sagte, schlug man ihn mit Ledersandalen auf die Ohren. Oder mit Stöcken wahllos auf Kopf, Rücken, Finger und Füßen. Oder er wurde mit harten Stiefelsohlen im Rippen- und Bauchbereich

getreten. Wenn er zusammenbrach oder ohnmächtig wurde, wurde er mit kaltem Wasser übergossen. Sieben Tage lang wurde er täglich von vier bis acht Stunden unter Folter verhört. Auch nachts. Er beteuerte, die Trauerprozession nicht angeführt zu haben, denn er habe sich am Ende der Schlange befunden. Nein, dafür interessierten sich die Polizisten nicht, denn das passte nicht in ihr Bild einer Verschwörung. Liem's Körper war am Ende voller blauer Flecken und Platzwunden, seine Augen waren zuge-schwellen. Er blutete aus Ohren und Mund. In seiner Zelle konnte er sich wegen der Schmerzen nicht hinlegen. Und immer wieder kamen die Wächter in die Zelle, um ihn erneut wegen einer Nichtigkeit zu erniedrigen und zusammenzuschlagen.

Drei Monate lang befand er sich in Isolations-haft und durfte seine Familie nicht sehen. Er wurde später wegen „Störung der öffent-lichen Ordnung und Widerstand gegen Beamten im Dienst“ zu zwölf Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Die sechsmona-tige Untersuchungshaft wurde ihm nicht angerechnet. Der Prozess fand unter Aus-schluss der Öffentlichkeit statt, seine Aus-sagen wurden nicht angehört und sein Anwalt bekam keine Zulassung. Darüber hinaus erhielt er für fünf Jahre Ausreise-verbot. Nguyen Huu Liem ist kein Einzelfall. Sein Bruder und zwei seiner Neffen wurden ebenfalls verurteilt.

Der IGFM sind die Schicksale von rund 60 Katholiken bekannt, die gefoltert wurden, einer sogar bis zum Tode. Die Opfer wurden und werden bedroht, sollten sie darüber sprechen, und es ist ihnen verwehrt, die Täter anzuzeigen. Die Öffentlichkeit soll nichts davon erfahren. Das System soll unfehlbar bleiben.

Die inhaftierten Opfer haben zwar noch eine Berufungsmöglichkeit, aber die Regierung lässt sie einschüchtern, damit sie die Anträge auf Berufung zurückziehen; zwei Inhaftierte haben aufgegeben, vier jedoch halten daran fest. Die IGFM will alles dafür tun, dass ihre Sache vom Gericht angehört und ein Teil der Öffentlichkeit wieder-hergestellt wird. Sie sollen ihre Angst über-winden und an die Wahrheit und Gerech-tigkeit glauben. Die Anwaltskosten belaufen sich auf 1.250 Euro pro Person. Das fehlende Geld sollte dabei kein Verhinderungsgrund sein. Die IGFM will sie nicht allein lassen! Bitte helfen Sie! **Kennwort Vietnam (23)**

IGFM - Jahresversammlung
19. und 20. März 2011 in Bonn

Russland:

Recht und Gerechtigkeit außer Kraft gesetzt

Der Fall des Rekruten Kasakow

Vor einem Jahr berichteten wir über das Schicksal von Roman Kasakow, der, damals 18-jährig, als gesunder junger Mann seinen Wehrdienst in der Motschützenbrigade Kamenka im Militärbezirk Leningrad angetreten hatte. Kasakow wurde Opfer der „Dedowtschina“, einer grausamen Tradition aus Sowjetzeiten, bei der im Dienstgrad höher Stehende den Untergebenen Befehle erteilen, die sich bar jeder Legalität bewegen. So gehört es beispielsweise zu den Standardbefehlen, dass betrunkene Offiziere Rekruten befehlen, für deren Gelage Nachschub auf eigene Kosten zu besorgen, andernfalls sie mit schweren körperlichen Strafen zu rechnen hatten. Kasakow war abkommandiert worden, nach Dienstschluss im abgelegenen Fuhrpark das Privatauto eines Offiziers zu reparieren. Plötzlich erschien Kommandeur Bronnikow in Begleitung von zwei Soldaten und sie schlugen den Rekruten bis zur Bewusstlosigkeit. Sie sperrten ihn in das Auto, ließen den Motor laufen und zogen eine Abdeckplane über den Wagen. Erst am nächsten Morgen und durch Zufall wurde Kasakow entdeckt; er lebte noch. Man brachte ihn ins Militär-hospital St. Petersburg, wo man ein schweres Schädeltrauma, mehrere Knochenbrüche und eine schwere Vergiftung durch Abgase feststellte.



Die Militärstaatsanwaltschaft stellte umgehend einen Bescheid aus, wonach Kasakow einen Selbstmord-versuch unternommen hätte. Das Auto des Offiziers ging unter nicht weiter untersuchten Gründen in Flammen auf, die Rekrutierungsdokumente und der Militärausweis von Kasakow verschwanden, aus seiner Krankenakte wurden die Erstbefunde entnommen. Lediglich die Ein-tragung „Vergiftung durch Abgase“ blieb. Ein von der Militärstaatsanwaltschaft angestregtes Unters-uchungsverfahren wurde wegen „Mangels an Beweisen“ eingestellt. Drei Monate lag Kasakow im Koma. Am 23.12.2009 wurde er Vater.

Dank des hartnäckigen Einsatzes der Organisation „Soldatenmütter St. Petersburg“, die bereits zahlreiche Beschwerden von Rekruten dieser Einheit gesammelt hatte, wurden Ende 2009 acht ranghohe Offiziere entlassen. Die Militärstaatsanwaltschaft eröffnete im Februar 2010 ein Verfahren gegen den Brigadekommandeur Aslanbekow. Den acht Offizieren hatte er kurz vor der unehrenhaften Entlassung noch eine Abfindung von 2 bis 3 Millionen Rubel (48.000 – 72.000 Euro) aus der Militärkasse zugeschanzt. Bataillonskommandeur Bronnikow behielt seinen Posten. Anfang Juni 2010 bekleideten auch vier der entlassenen Offiziere wieder hohe Posten in Kamenka.

Die IGFM arbeitet mit den „Soldatenmüttern St. Petersburg eng zusammen. Eine Vielzahl von Schicksalen wie das von Kasakow ist uns bekannt und leider kommen wöchentlich neue hinzu. Soweit wir über die Veröffentlichung helfen können, tun wir es: mal mit einem Rollstuhl, mal mit Medikamenten und orthopädischen Hilfen, mal mit Geld. Roman Kasakow, bei dem man miterleben kann, dass er dank seines kleinen Jungen am Leben festhält und kämpft, wieder auf die Beine zu kommen, hatten wir einen Laptop geschickt, damit er mit seiner Familie kommunizieren kann, denn sprechen kann er kaum, und seine Fingerfertigkeit steigern lernt. Eine Militärinvalidenrente wurde ihm verweigert, er erhält nur die geringere zivile Invalidenrente, und das ist das einzige Einkommen der Familie. Für den Aufbau des Bewegungsapparates muss er physiotherapeutisch behandelt werden. Das kostet Geld, das die Familie nicht aufbringen kann. 100 Euro im Monat, das wäre schon eine wirkungsvolle Hilfe. Es gibt gute Chancen, dass er irgendwann wieder alleine laufen kann, darum ist jeder Euro gut angelegt. Und es gibt andere ähnliche schwere Schicksale, denen wir helfen und das wiedergeben können, was ihnen ein rücksichtsloses System genommen hat: den Glauben an Recht, Gerechtigkeit – und Mitgefühl.

„Schule des Hasses und der Gewalt“ - IGFM-Dokumentation über die Lage der Menschenrechte in der sowjetischen Armee, erschienen 1991, 64 Seiten, heute so aktuell wie vor 20 Jahren, als Kopie für 10 Euro erhältlich

Kennwort: Soldatenmütter (35)

Pakistan: Muslimische Geistliche und Gelehrte rechtfertigen religiös motivierten Mord

Am 4.1.2011 wurde der Gouverneur der pakistanischen Provinz Punjab, Salman Taseer, von seinem Leibwächter Mumtaz Qadri ermordet. Qadri, Mitglied der islamischen Organisation Shahab-e-Islam Pakistan - „Stern des Islam in Pakistan“ – erschoss ihn, weil Gouverneur Taseer es nicht für gerechtfertigt ansah, dass jeder Vorwurf von Blasphemie die Todesstrafe nach sich ziehen müsse. So hatte er sich für einen Mann eingesetzt, der wegen Blasphemie festgenommen worden war, weil er in einem Streit die Visitenkarte eines anderen auf den Boden geworfen hatte, der zufällig mit Vornamen Muhammad hieß. Als Taseer sich für die wegen Blasphemie zum Tode verurteilte Christin Asia Bibi einsetzte, drohten Islamisten ihm mit der Ermordung. Die islamischen Organisationen Jamat Ahl-i-Sunnat, Lashker-e-Tyabba und Tahrik-e-Nazam-e-Mustafa, die das Scharia-Recht auf allen Ebenen durchsetzen wollen, hatten angekündigt, dass die pakistanische Regierung ab dem 21.12.2010 schwere Konsequenzen zu erwarten hätte, sollte sie eine Änderung der Blasphemie-Gesetze ins Parlament einbringen.

Venezuela: Chavez nimmt sich das Recht

Venezuelas Präsident Hugo Chavez, seit 1999 im Amt, baut seine kommunistische Diktatur nach dem Vorbild Kubas weiter aus. Am 17.12.2010, rechtzeitig vor der konstituierenden Sitzung des neu gewählten Parlamentes am 5.1.2011, hat er sich vom alten Parlament ein Ermächtigungsgesetz schenken lassen, das es ihm erlaubt, für 18 Monate per Dekret am Parlament vorbei regieren zu können. Die neu gewählten Abgeordneten werden somit für die nächsten 18 Monate ausgeschaltet. Erste Maßnahmen treffen die Opposition empfindlich: Jegliche Spenden aus dem Ausland an Organisationen mit politischem Auftrag werden unter Strafe gestellt, Nachrichten auf Facebook oder Twitter, die nach Chavezkriterien „Respekt gegenüber staatlichen Institutionen“ missen lassen, sind ab sofort verboten; das heißt: Kritik an Chavez ist verboten. Das Volk spürt nicht nur die politische Einschnürung, denn die Armut, die Zahl der politischen Gefangenen und vor allem die Überwachung wachsen auch.

Deutschland: War nur der Stalinismus der böse Kommunismus?

„Die Wege zum Kommunismus können wir nur finden, wenn wir uns auf den Weg machen und sie ausprobieren, ob in der Opposition oder in der Regierung.“ (Gesine Löttsch, Parteichefin der Partei Die Linke, Januar 2011) Wie oft dürfen Wege zu einem Ziel ausprobiert werden, die bei allen Versuchen in noch nicht einmal 100 Jahren zig Millionen von Menschen Freiheit und Leben gekostet haben; bei deren Durchsetzungsversuchen – sei es im gesamten Ostblock einschließlich DDR, in Südosteuropa, in der VR China, in Vietnam, Kambodscha, in Mosambik, Kuba und anderswo – gefoltert wurde, Familien getrennt, Karrieren zerstört, Meinungs- und Redeverbote verhängt, Millionen von Spitzeln zur Überwachung eingesetzt, Kultur und Geschichte verfälscht wurden und schließlich die Menschen so erzogen waren, dass sie nur mit fremder Hilfe und großen Mühen aus diesen Problemen herausfinden? Macht es sich Gregor Gysi nicht zu einfach, für den kommunistischen Terror den Stalinismus verantwortlich zu machen und quasi durch die Hintertür den von den Linken propagierten Sozialismus von jeder Schuld freizusprechen? Sahra Wagenknecht von der kommunistischen Plattform der Linken bekennt sich offen zum Kommunismus und die Vorsitzende der Linken nun auch. Bauen die beiden schon am nächsten Überwachungsstaat? – Augen auf!

Sind die DDR-Opfer schuld?

Landesbischofin Ilse Junkermann von Magdeburg richtete vor Weihnachten wieder einmal die Botschaft an die Opfer der Stasi-Diktatur, sie mögen sich doch bitte mit den Tätern versöhnen. Da sich die meisten Täter, die in der Bundesrepublik Deutschland z.B. im Auftrag der Stasi und viele auch für Geld auf die IGFM und ihre Mitglieder angesetzt waren, bisher nicht zu ihrem Tun bekannt haben, können wir uns nicht mit ihnen versöhnen. – Oder sollte es doch eigentlich andersherum sein? „Auf meine beiden Schreiben 2009 und 2010 habe ich jedenfalls keine Antwort bekommen. Vielleicht fragen auch Sie einmal Bischofin Junkermann; meinen Brief stelle ich Ihnen gerne als Vorlage zur Verfügung.“ (Karl Hafen)

Jahreshauptversammlung der IGFM am 19./20. März 2011 im Gustav-Stresemann-Institut in Bonn mit den Schwerpunkten:

Lage der Christen im Vorderen Orient und Mittelasien, Menschenrechtslage im Iran, in Ost- und Südostasien und Russland

Bürgerrechtsbewegung in Kuba
Wir erwarten als Gäste u.a. die iranische Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi, vor kurzem entlassene ehemalige politische Gefangene aus Kuba, Ludmilla Poljakowa, Leiterin der Soldatenmütter St. Petersburg, den chinesischen Bürgerrechtler Wei Jingsheng u.a.

Mitgliederversammlung am 20. März 2011 mit Rechenschaftsbericht und Vorstandswahlen

Nähere Informationen erfragen Sie bitte bei der Geschäftsstelle:
Tel.: 069-420108-0
E-Mail: info@igfm.de
oder entnehmen Sie der IGFM-Webseite: www.igfm.de

Aufarbeitung ist Pflicht

Und noch eine kurze Information aus der IGFM-internen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit: Alle Namen aus den DDR-Fall-Akten, den Publikationen (Menschenrechte, DDR-Heute), Dokumentationen, Flugblättern, Unterschriftenlisten und anderes sind erfasst. Für die Digitalisierung der Akteninhalte, die von drei Ehrenamtlichen vorgenommen wird, benötigen wir noch etwa zwei bis drei Jahre. Auch diese Arbeit kostet Geld, aber sie ist wichtig, denn die IGFM war seit 1972 ein wichtiger Teil und Zeuge der Geschichte der DDR.

Kennwort Aufarbeitung (14)

Impressum

Herausgeber:

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte - Deutsche Sektion e.V. (IGFM)
Borsigallee 9, D-60388 Frankfurt,
Tel.: 069 - 420 108 0, Fax : 069 - 420 108 33
E-Mail: info@igfm.de Internet: www.igfm.de
UstIDNr. DE 1142 35 684

Redaktion: Karl Hafen

Erscheinungsweise: alle zwei Monate

Druck: MDV-Druck GmbH, Merzig

Satz und Layout: Angelika Kleine

Sektion Österreich:

Hackerhofergasse 1, A-1190 Wien

Sektion Schweiz:

Birkenweg 1, CH-2560 Nidau,

Tel.: 32 - 331 75 67, Fax : 32 - 331 57 81

Dieses Mitteilungsblatt wird an Mitglieder und Förderer der IGFM kostenlos verschickt. Hier geäußerte Meinungen stimmen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers überein. Dieser Ausgabe liegt eine Zahlkarte der IGFM bei.